



Material für die Presse

19. Dezember 2007
Seite 1 von 3

Kommuniqué
von Bundeskanzlerin Angela Merkel
anlässlich ihres Gesprächs mit den Vorsitzenden
internationaler Organisationen zu
„Faire Rahmenbedingungen für eine soziale und offene
Weltwirtschaft“
am 19. Dezember 2007 im Bundeskanzleramt

Vielen Menschen eröffnet die Ausweitung des internationalen Handels und grenzüberschreitender Investitionen neue Chancen, ihren Lebensstandard dauerhaft zu erhöhen. Dies gilt nicht nur für die großen Schwellenländer, sondern auch für die Länder, die in ihrer Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten sind. Auch Deutschland profitiert insgesamt von der Globalisierung; viele neue Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren gerade in den exportintensiven Branchen entstanden.

Gleichzeitig ist klar, dass die fortschreitende internationale Integration der Güter- und Kapitalmärkte die Auswirkungen wirtschaftlichen und politischen Handelns zunehmend entgrenzt, und auch Risiken und Fehlentwicklungen durch die zahlreichen Interdependenzen rasch übertragen werden. Die jüngste Finanzmarktkrise hat uns dies nochmals mit Nachdruck verdeutlicht. Auch die intensive Debatte um Staatsfonds zeigt beispielhaft, in welcher sensiblen Phase des Globalisierungsprozesses wir uns derzeit befinden. Fest steht: Ohne einen fairen politischen Ordnungsrahmen sind Stabilität und Nachhaltigkeit des Globalisierungsprozesses auf Dauer nicht gesichert.

Vor allem die führenden Industriestaaten, in zunehmendem Maße aber auch die Schwellenländer müssen Verantwortung und Initiative übernehmen, um geeignete Rahmenbedingungen für eine dynamische, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft zu befördern. Die politische Verantwortung für die Gestaltung des Globalisierungsprozesses verlangt jedoch nicht nur eine verstärkte Abstimmung der Regierungen, sondern auch mehr Kohärenz zwischen den führenden internationalen Organisationen



wie der Welthandelsorganisation WTO, der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, dem Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank, um die grundlegenden Werte der sozialen Marktwirtschaft, des freien Wettbewerbs und Handels sowie des Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutzes zu sichern.

Die Bundeskanzlerin hat deshalb die Leiter dieser fünf internationalen Organisationen zu einem Gespräch in das Bundeskanzleramt eingeladen. An dem Gespräch nahm auch Bundesminister Scholz teil. Die Bundeskanzlerin und Bundesminister Scholz waren sich mit den Vorsitzenden der Organisationen einig, dass noch größere Anstrengungen erforderlich sind, um Globalisierung nach den Regeln der Demokratie politisch fair und sozial zu gestalten, damit hieraus sowohl für Industrie- als auch für Schwellen- und Entwicklungsländer nachhaltige Vorteile entstehen. Die Bundeskanzlerin rief die internationalen Organisationen dazu auf, ein gemeinsames Grundverständnis der gleich-gewichtigen und vielfältigen Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlicher Prosperität, Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit zu entwickeln und die Zusammenarbeit der internationalen Organisationen hieran auszurichten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte: „Nur wenn wir offene Märkte, faire Wettbewerbsbedingungen, nachhaltiges Wirtschaften und die soziale Gestaltung von Wachstum und Beschäftigung im Rahmen eines kohärenten Gesamtkonzepts verfolgen, werden wir einen fairen und ausgewogenen Globalisierungsprozess erreichen, der allen Menschen zugute kommt.“

Die Bundesregierung hat in diesem Sinne im Rahmen ihrer EU- und G8-Präsidentschaft der politischen Gestaltung der Globalisierung wichtige Impulse gegeben:

- Die Entwicklung Afrikas hat durch die Schwerpunktsetzung des G8-Gipfels in Heiligendamm neue Aufmerksamkeit in Wirtschaft und Gesellschaft erlangt, und die dort gemachten entwicklungspolitischen Zusagen werden eine nachhaltige Entwicklung des Kontinents unterstützen. Bei einer durch die Bundesregierung und die internationalen Organisationen geförderten fortgesetzten Verbesserung von Afrikas Institutionen, von Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit wird sich auch die Attraktivität des Kontinents als Investitionsstandort weiter erhöhen. Dies bringt auch Deutschlands Unternehmen und ihren Beschäftigten neue Chancen.
- Beim Gipfel in Heiligendamm haben wir zudem vereinbart, die weltweite Verbreitung sozialer Standards zu fördern und weiter zu entwickeln sowie die Agenda der ILO zur



menschenwürdigen Arbeit zu unterstützen. Hierzu sollen auch bilaterale Freihandelsabkommen und multilaterale Gremien genutzt werden. Die Bundesregierung setzt sich zudem dafür ein, dass auch multinational agierende Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung verstärkt dazu einsetzen, soziale Standards weltweit als wichtigen Bestandteil einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verankern und sich hierbei an den Leitsätzen der OECD für multinationale Unternehmen beziehungsweise der entsprechenden dreigliedrigen Erklärung der ILO zu orientieren.

- Mit dem Heiligendammprozess hat die Bundesregierung als G8-Vorsitz eine strukturierte Zusammenarbeit der G8 mit den fünf führenden Schwellenländern zu mehr Investitionen, zur Förderung und Weiterentwicklung sozialer Standards, zu einem effektiven Schutz geistigen Eigentums, zu mehr Energieeffizienz und zur Entwicklungszusammenarbeit insbesondere mit Afrika auf den Weg gebracht. Dieser neue Prozess zielt sehr konkret auf die Schaffung von verlässlichen, marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den dynamischsten Regionen der Welt ab und stärkt damit das Vertrauen der Menschen in einen fairen Wettbewerb und eine sozial ausgewogene Zukunft.
- Die jüngste Finanzmarktkrise hat dramatisch die internationalen Ansteckungseffekte und die Vielfalt der Übertragungswege von Krisen illustriert. Die Bundesregierung hat bereits zu Beginn des Jahres die Frage der Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten in die internationale wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion eingebracht. Auf Initiative der Bundeskanzlerin, des britischen Premierministers Brown und des französischen Staatspräsidenten Sarkozy werden die EU-Finanzminister einen Bericht vorlegen, auf dessen Grundlage der Europäische Rat im März 2008 über Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz an den Finanzmärkten und zur Verbesserung des Risikomanagements entscheiden wird.
- Die Bundesregierung setzt sich nach Kräften für eine Liberalisierung des internationalen Handels und einen Erfolg der laufenden Doha-Entwicklungs-Runde ein. Die Doha-Runde wird vor allem den Entwicklungsländern neue Märkte für ihre Produkte öffnen und zugleich Europa noch besser in die internationale Arbeitsteilung integrieren. Bei der Reform der Handelsschutzinstrumente wird sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene konsequent dafür einsetzen, dass deutsche Unternehmen und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam vor unfairen Wettbewerbspraktiken geschützt werden.